



Manifest zum Wald in Deutschland

Präambel

Die Mitglieder der BundesBürgerInitiative WaldSchutz beobachten die Entwicklung in den deutschen Wäldern mit größter Besorgnis. Diese Entwicklung wird derzeit geprägt von einer unter dem Deckmantel „Nachhaltigkeit“ massiv zunehmenden Industrialisierung unserer öffentlichen Wälder. Deren gesellschaftliche Bedeutung als Erholungsort für Körper, Geist und Seele, als Lern- und Erfahrungsort wird in diesem fatalen Entwicklungsprozess vollkommen ausgeblendet. Forst- und Holzkonzerne geben die Marschrichtung vor. Die Treuhänder der öffentlichen Wälder sind zu Erfüllungsgehilfen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen geworden. Das kann so nicht weitergehen! Wir Bürger wollen in Sachen Wald endlich mitreden und mitentscheiden.

Bei der Umsetzung der international verankerten Verpflichtung, die Deutschland speziell zur Sicherung der biologischen Vielfalt eingegangen ist, spielt der Wald als unser größtes naturnahes Land-Ökosystem eine Schlüsselrolle. Wälder sind wichtige Faktoren im Kampf gegen den globalen Artenschwund und Klimawandel, außerdem unverzichtbar für den Grundwasserschutz und die Naherholung. Wir sind daher aufgefordert, den Wald primär als Lebensraum zu schützen sowie äußerst sorgsam und respektvoll mit ihm umzugehen.

Von einer umwelt- und naturgerechten, ökologisch nachhaltigen Nutzung unserer Wälder sind wir weit entfernt. Infolgedessen sind unsere Wälder arm an Baumarten, an Totholz sowie an Alt- und Biotopbäumen. Ihr natürlicher Stockwerk- und Altersaufbau ist künstlich reduziert, ihre Böden sind stark verändert, durch Schadstoffe belastet, durch Stickstoffeinträge überdüngt und mehrfach verdichtet. Insbesondere die Bodenverdichtung unter einem zu dichten Rückegassennetz führt zur Zerschneidung von Lebensbeziehungen und wirkt sich negativ auf Waldvitalität und Biodiversität aus.

Der Nutzungsdruck hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen und er wird weiter steigen. Der Verteilungskampf um den nachwachsenden Rohstoff Holz hat längst auch in unseren heimischen Wäldern begonnen, ablesbar an den stetig steigenden Holzeinschlagmengen.

Wir verbrauchen jährlich weit mehr Holz als unsere Wälder liefern können und verstoßen allein schon dadurch laufend gegen das Nachhaltigkeitsprinzip.

Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Bedeutung unserer Wälder als Naturraum, Gen-Pool für Pflanzen, Tiere und Pilze, als Erholungsort und Kohlenstoffsенke zu. Diese wichtigen Gemeinwohlfunktionen stehen derzeit hinter der ökonomischen Nutzung weit zurück.

Daher muss sich ein neues Wald-Bewusstsein etablieren und eine neue Waldpolitik sofort beginnen. Es ist an der Zeit, dass die Politik endlich aufwacht und die natürliche Entwicklung vor allem unserer öffentlichen Wälder als vordringliche, umweltstrategische Aufgabe sieht und unsere Bürgerinteressen wahrnimmt. Es ist an der Zeit, dass die Politik den Wald als Ökosystem schützt. Der künstliche Holzackerbau der traditionellen Forstwirtschaft muss beendet, der Nachhaltigkeitsbegriff der Forstwirtschaft zeitgemäß definiert werden. Die Holz-, Forst- und Jagdlobby darf das Ökosystem Wald nicht länger in zerstörerischer Art und Weise ausbeuten. Politiker dürfen sich nicht länger von einseitigen Interessen dieser Lobbygruppen blenden und zu deren Handlangern degradieren lassen.

Wir Bürger erwarten ein klares, eindeutiges Bekenntnis zum Schutz der Gemeinwohlfunktionen, die öffentliche (landeseigene und kommunale) Wälder vorrangig und in vorbildlicher Weise zu erfüllen haben.

Zur Situation

Im Jahr 2014 wurden die Daten der dritten Bundeswaldinventur (BWI³) veröffentlicht, die eine wertvolle Grundlage zur Beurteilung des Waldzustands in Deutschland liefern. Eine ehrliche unvoreingenommene Aufarbeitung der BWI³-Ergebnisse ist von offizieller Seite aber bislang unterblieben. Der tatsächliche ökologische Zustand der Wälder Deutschlands wird permanent schön gerechnet und schön geredet. Doch die Daten offenbaren eine ernüchternde Wald-Wirklichkeit.

Naturferne Baumbestände

Der deutsche Wald ist strukturell und in seiner Baumartenzusammensetzung ein naturferner Wald. Er besteht zu 54 % aus nicht standortheimischen Nadelbäumen, wobei wiederum 50 % dieser Nadelbaumflächen aus Monokulturen („Reinbeständen“) aufgebaut sind. Die Zusammensetzung der Baumarten entspricht nach Angaben des Bundesamtes für Naturschutz auf 80 % der deutschen Waldfläche mehr oder weniger nicht der natürlichen Waldvegetation, die dort ohne Zutun des Menschen von Natur aus wachsen würde. In diesem Zusammenhang von „naturnaher“ oder „naturgemäßer“ Waldwirtschaft zu sprechen, ist eine Farce!

Zu wenig alte Wälder

Der deutsche Wald ist in weiten Teilen ein ökologisch unreifer Wald. Der Anteil der unter 60-jährigen Baumbestände liegt bei fast 50 % der Gesamtwaldfläche. Der Anteil der Baumaltersklasse über 160 Jahre erreicht gerade 3 Prozent. Bei dieser Altersklasse handelt es sich um weitgehend abgeerntete, extrem vorratsarme Baumbestände! Das nahezu vollständige Fehlen von Altersphasen mit fortgeschrittener Waldentwicklung hat fatale Wirkungen auf die biologische Vielfalt unserer Wälder.

Zu wenig Biotopbäume und Totholz

Die exzessive Holznutzung in den deutschen Wäldern verhindert ein ausreichendes Angebot an Biotop- und Totholzstrukturen im Wald.

Im Rahmen der BWI³ wurden erstmalig so genannte Biotopbäume, d. h. Bäume „mit ökologisch bedeutsamen Merkmalen“ (Stammhöhlen, Bruch- und Faulstellen, Pilzkörpern etc.) erfasst. Die Zahl der tatsächlich durch eine Markierung gesicherten Biotopbäume umfasst hochgerechnet rund 982.000 Stämme. Dies bedeutet: Auf 10 Hektar Wald (alle Eigentumsarten) kommt bundesweit im statistischen Mittel lediglich ein einziger markierter Biotopbaum vor! Naturschutzfachlicher Standard wären mindestens 5 bis 10 solcher Biotopbäume auf einem Hektar.

Beim Totholz hat die BWI³ einen Gesamtvorrat von 20,6 m³ pro Hektar ermittelt. Allerdings bestehen etwa 70 % dieses Vorrats aus Nadelbaum-Totholz (- das in den letzten Jahren massenweise durch Windwurfkatastrophen angefallen ist!), etwa ein Viertel aus minderwertigen Abfuhrresten und Wurzelstöcken (als Folge massiver Holzernte-Tätigkeiten) sowie etwa nur 30 % (= 6,7 m³ pro Hektar) aus durchmesserstarkem Totholz, das allein für die Sicherung der biologischen Vielfalt bedeutend ist. Der Naturschutz fordert mindestens 30 bis 40 m³ Totholz dieser Qualität pro Hektar!

Die offiziellen Zahlen belegen: Der von offizieller Seite propagierte so genannte „integrierte Naturschutz“ im Wald ist kläglich gescheitert!

Unzureichende Schutzflächen

Der Wald in Deutschland ist gegen die Auswüchse der modernen, immer intensiver und „industriemäßig“ agierenden Forstwirtschaft nicht wirksam geschützt. Selbst in formalrechtlich ausgewiesenen Schutzgebieten wird die so genannte „ordnungsgemäße“ Forstnutzung toleriert und Naturschutzziele durch Ermessensspielräume der Forstbehörden, durch lasche Bewirtschaftungsstandards und fehlende Kontrollen durch Naturschutzbehörden untergraben. Der Umfang der Waldfläche, auf der laut BWI³ eine Holznutzung aus Naturschutzgründen nicht zulässig oder nicht zu erwarten ist, liegt bundesweit bei gerade 149.660 Hektar (= 1,4 % der Gesamtwaldfläche). Nach den offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Naturschutz umfasst die Fläche der tatsächlich dauerhaft nutzungsfrei geschützten Wälder lediglich 213.145 Hektar (= 1,9 % der Gesamtwaldfläche), wovon etwa drei Viertel der erhobenen Einzelflächen eine Größe von unter fünf Hektar aufweisen.

Die Zahlen machen deutlich, dass sich die strategischen Ziele zur Sicherung und Erhaltung der Biodiversität im Deutschlands Wäldern durch die derzeitigen, auf Intensiv-Holznutzung ausgerichteten Bewirtschaftungskonzepte nicht realisieren lassen. Bestehende Programme zur Tot- und Biotopbaum-Anreicherung zielen offensichtlich ins Leere und haben allenfalls waldkosmetischen Charakter. Das „Schönreden“ der Waldzustände von Politikern und Interessenvertretern der Forst- und Holzindustrie muss endlich aufhören!

Angesichts dieser eklatanten, nicht mehr wegzudiskutierenden Defizite, die sich mittlerweile auch landauf und landab sichtbar in vielen Waldbildern niederschlagen, fordern wir von den offiziellen Stellen endlich eine schonungslose Bestandsaufnahme und daraus abgeleitet, einen dringend notwendigen Paradigmenwechsel in der zukünftigen Waldpolitik unseres Landes sowie eine komplette Kehrtwende in der forstlichen Praxis hin zu mehr echter Naturnähe im deutschen und hier vor allem im öffentlichen Wald!

Unsere Forderungen und Ziele

Generell: Reduzierung des Holzkonsums (- Deutschland ist weltweit drittgrößter Holzverbraucher bei einem Bevölkerungsanteil von nur 1 %!). Vor allem: Drosselung der auf Zellulosegewinnung basierenden Papierproduktion, auch um die borealen Wälder Europas zu erhalten. Steigerung der Recyclingquote von Papier und Bauholz. Angemessene In-Wertsetzung des Rohstoffes Holz.

Sofortiger Exportstopp für Holz aus öffentlichen Wäldern.

Die industriemäßige, energetische Nutzung von Holz aus Wäldern muss drastisch eingeschränkt und auf Restholz- und Sägewerkabfälle beschränkt werden.

Ein weiterer Ausbau von Windenergieanlagen in Wäldern sowie jegliche Inanspruchnahme weiterer Waldflächen für Energiegewinnung, Verkehrsinfrastruktur, Ressourcenabbau, Gewerbe- und Wohnbebauung lehnen wir ab und sind grundsätzlich zu verbieten. Alle Möglichkeiten sind auszuschöpfen und neue zu entwickeln, um solche Vorhaben außerhalb des Waldes umzusetzen.

Einrichtungen für Sport, Erholung und Tourismus im Wald müssen mit ihren Auswirkungen erfasst und so gebaut und unterhalten werden, dass sie waldverträglich sind.

Die Holzgewinnung im Wald muss ent-industrialisiert werden, mit stark reduziertem Maschineneinsatz (sprich: sanften Betriebstechniken), reduzierten Wirtschaftswegen und Rückegassen.

Ein grundlegender Wertewandel bei der zukünftigen Behandlung von Wäldern muss stattfinden: Die Schutz- und Erholungsfunktion von öffentlichen (staatlichen) Wäldern muss bundesrechtlich und in den Landeswaldgesetzen zukünftig absoluten Vorrang haben. Bewirtschaftungsstandards für die so genannte „ordnungsgemäße“ Forstwirtschaft müssen klar definiert werden und zuallererst den Schutz bzw. die ökologische Nachhaltigkeit des Ökosystems (anstelle der „Nachhaltigkeit der Holzmenge“!) zugrunde legen. Die Standards (Stichwort: Gute fachliche Praxis) sind als Mindestforderungen einer umwelt- und ökologiegerechten Waldwirtschaft für alle Wälder im Bundeswaldgesetz zu verankern.

Wir wenden uns dagegen, Wälder als Spekulationsobjekte zu missbrauchen. Der Verkauf von öffentlichen Waldflächen an private Investoren ist grundsätzlich zu verbieten.

Insbesondere die Bewirtschaftung der öffentlichen (staatlichen) Wälder folgt zukünftig flächendeckend dem „Prozessschutz“- bzw. Minimum-Prinzip in Anlehnung an das (bereits seit über 20 Jahren erfolgreich praktizierten) „Lübecker Modell“; dadurch Stärkung der Vorbildwirkung öffentlicher (staatlicher) Wälder. Dies bedeutet:

- Auswahl der Baumarten auf der Grundlage der potenziellen natürlichen Vegetation ohne Fremdholzanteile
- Kontinuierliche Erhöhung des Holzvorrats auf mindestens 500 m³ je Hektar (in Laubwäldern und langfristig in umgebauten Waldbeständen) und damit Erhöhung der Kohlenstoffspeicher von Wäldern
- Einrichtung von nutzungsfreien Referenzflächen, drastische Reduzierung der Pflege- und Durchforstungseingriffe
- Verkleinerung der Reviereinheiten (mit entsprechender Personalaufstockung)
- Vergrößerung der Rückegassenabstände, Reduzierung des Wegebaues
- Keine Durchforstungs- und Holzerntemaßnahmen in den rechtlich festgelegten Schonzeiten
- Das Prinzip des „minimalen Einsatzes“ bedeutet auch, dass dem Wald eine größtmögliche Freiheit zur biologischen Eigenregulation gelassen wird.

Konsequenter Umbau der heutigen, auf potenziellen Laubwald-Standorten stockenden, Nadelholz-dominierten Forstbestände sowie künstlich angelegter Laubholzkulturen in naturnah entwickelte Laubmischwälder (siehe oben), die weitgehend der Baumartenzusammensetzung der potenziellen natürlichen Waldvegetation entsprechen und sich durch Naturverjüngung und natürliche Sukzession dem Wandel von Klima und Umwelt anpassen.

Deshalb: Schluss mit risikoreichen Nadelholz-Experimenten und mit Pflanzungen von züchterisch oder genetisch optimierten Bäumen!

Der Umbau im Privatwald ist durch staatliche Förderprogrammen zu unterstützen.

Auch zur Umsetzung der Biodiversitätsziele wird eine Umstellung auf standort- und naturschutzgerechte Laubmischwald-Bewirtschaftung (Buche/ Eiche/ Edellaubholz/ Tanne etc.) mit hohem Anteil an starken stehenden und liegenden Tothölzern sowie Bäumen der Alters- und Zerfallsphase angestrebt. Historisch alte Wald-Standorte mit langer Habitat-Tradition, mit entsprechenden Habitatbäumen, Waldbiotopen und Altwaldstrukturen sind generell komplett aus der Nutzung zu nehmen und besonders zu schützen. Im Privatwald soll dies durch Förderanreize unterstützt werden. Bundesweite Einführung eines Honorierungssystems zur gezielten Sicherung der waldbezogenen, biologischen Vielfalt („Urwald-Prämie“).

Die Schalenwildbestände müssen so massiv reduziert werden, dass sich Wälder wieder ohne Wildschutzzäune oder Einzelschutzmaßnahmen regenerieren können. Das Jagdrecht ist zu ändern: Anstelle der Hege- und Trophäenjagd ist ein staatlich gelenktes wald- und populationsökologisch orientiertes Wildtiermanagement einzuführen.

Zur konsequenten Umsetzung der vorgenannten Management-Maßnahmen im staatlichen Wald sind die administrativen Rahmenbedingungen zu ändern bzw. zu optimieren: Die staatlichen Forstbetriebe werden in die Landesverwaltungen zurückgeführt und gemäß der geänderten Aufgabenschwerpunkte („Wald vor Holz“ – „Wald vor Wild“) in neue, den staatlichen Umweltressorts zugeordnete Organisationseinheiten eingegliedert sowie durch naturschutzfachlich und umweltpädagogisch ausgebildetes Personal aufgestockt.

Betriebsplanungen im öffentlichen Wald und Schutzkonzepte müssen durch „echte“ Bürgerbeteiligungsverfahren transparent gemacht werden (partizipativer Absatz). Im Landes- und Kommunalwald sind „Beiräte“ aus Naturschutzvertretern und sachkundigen Bürgern zu bilden, die bei allen Planungen ein Kontroll- und Mitentscheidungsrecht ausüben.

Weitere rund 500.000 Hektar Waldflächen sind zeitnah bundesweit gemäß der Zielforderungen der Biodiversitätsstrategie ganz aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, d. h. der natürlichen Wildnisentwicklung zu überlassen. Als erster Schritt werden die bislang „konventionell“ genutzten Wälder in bereits bestehenden Naturschutzgebieten und Natura 2000-Gebieten nicht mehr bewirtschaftet.

In geeigneten großen Waldgebieten sind nach dem Vorbild des US-amerikanischen „Wilderness Act“ so genannte Wildnis-Erlebnisgebiete einzurichten. Parallel dazu sind umweltpädagogische Angebote (für Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen) verstärkt zu entwickeln.

Für die Sicherung des Weltnaturerbes der deutschen Buchenwälder ist ein bundesweit einheitliches Verbundkonzept mit ausreichend großen Schutzflächen auszuweisen. Bis zur Umsetzungsphase sollten sämtliche Holzerntemaßnahmen in über 140-jährigen Buchenbeständen ausgesetzt werden.

Einrichtung eines bundesweiten flächendeckenden Biomonitoring-Netzwerks im Wald, Neuausrichtung der Bundeswaldinventur nach ökologischen Kriterien.

Literatur

Panek, N. (2016): Der deutsche Wald im Spiegel der Bundeswaldinventur (BWI³) – Ergebnisse, Entwicklungstrends, offene Fragen aus Sicht des Naturschutzes, im Auftrag von Greenpeace e. V., Hamburg.

Panek, N. (2017): Die Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur (BWI³) aus Naturschutzsicht – Alles im „grünen“ Bereich?, Naturschutz und Landschaftsplanung 49 (1): 28 – 30.